

**Linke Politik im Zeitalter der Renationalisierung
und Ent-Demokratisierung**

Programm- diskussion

**Als Basis dient der Programm-Entwurf LinkeStmk V0.2 aus
März 2009**

Präambel (aus Programmentwurf 2009)

Warum eine neue LINKE notwendig ist:

Einige Wenige eignen sich durch selbst-gemachte Gesetze alles an. Die Masse der Gesellschaft wird um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Über Privatrecht, Steuersystem und der Finanzmacht mit durch nichts zu begründenden Zinsen, wird dieser Zustand aufrechterhalten. Die demokratische Mitsprache der Masse wird beschnitten. Für die Massen bleiben vermehrt nur Armut und Verzicht.

Dieses Vorgehen führt auch zu gewaltsamen Konflikten und Kriegen.

Die aus dem Feudalismus stammende Sicht, dass einige Menschen zum herrschen berechtigt sind und andere als Befehlsempfänger zu leben haben ist immer noch existent. Diese Befehlsstrukturen müssen als menschenunwürdig geächtet werden

Was will die neue LINKE ändern:

Durch **globale Solidarität** soll Ausbeutung und Unterdrückung verhindert werden.

Ein **falsches Wirtschaftssystem** soll korrigiert werden.

Damit soll der Weg frei werden für gewaltfreie Konfliktlösungen.

Wir wollen eine **gesellschaftliche Kontrolle** von Großkapital.

Die zinslose Bereitstellung von Geldmittel durch **gemeinschaftlich kontrollierte Banken** auf der Basis von gesetzlichen Grundeinkommens, verpfändeter Wirtschaftsleistung oder Realitäten ist ein Weg die Wirtschaft in humanerer Bahnen zu lenken und den Zinswucher einzuschränken.

Wird sind für die Vergesellschaftung aller für die Daseinsvorsorge erforderlichen Betriebe und für eine solidarische Beteiligung aller Bevölkerungsschichten am Fortschritt und Wohlstand unserer Gesellschaft.

Eine Befreiung der Bürger und Bürgerinnen vom **Arbeitszwang** ist unser Ziel – ein bedingungsloses Grundeinkommen soll dies sicher stellen.

Wir stehen für eine emanzipierte Gesellschaft ohne Diskriminierung.

Jeder und Jede soll frei, gleichberechtigt und ohne Einschränkungen am Gemeinschaftsleben teilnehmen können, solange er kein Kriminaldelikt begeht.

Die Erreichung dieser Ziele kann und soll nicht delegiert werden! Die Einführung von Instrumenten der direkten Demokratie soll alle aktiv bei der Gestaltung unserer Welt einbinden

Ziel

Der Kapitalismus soll zugunsten einer pluralen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft überwunden werden

Ziele aus permanenten Werterahmen

Humanität:

Der Mensch in seiner Umgebung ist der Mittelpunkt aller Konzepte.

Gleichheit:

Keine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Staatszugehörigkeit, sexueller Orientierung, besonderen Bedürfnissen oder sozialem Status.

Politik:

Überwindung der Klassenherrschaft des Kapitalismus.
Das Mittel zur Zielerreichung ist ziviler Ungehorsam, Streik und Demonstration.

Solidarität:

Vorsorge ohne Verursacherprinzip.
Gegenseitige Hilfe in sozialen Kämpfen.

Ökologie:

Schonung der Umwelt für die Nachkommen.

Neutralität:

Militärische Bündnisfreiheit.

Freiheit:

Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden (Rosa Luxemburg).
Sicherung der persönlichen Unabhängigkeit und Integrität.

Schutz der Privatsphäre – keine Bespitzelung und Überwachung.

Die Ausübung der persönlichen Freiheit endet bei Konflikten mit anderen Basiswerten.

Tierschutz:

Achtung der Tiere als Lebewesen

Internationalismus:

Bekämpfung des Nationalismus in all seinen Formen.

Wirtschaft:

Gemeinwirtschaftlicher Betrieb der Infrastruktur.
Kommunalisierte Kontrolle von Kapital, Großbetrieben und Kapitalnutznießern.

Ziele aus temporären Werteframeworken:

Gleichheit:

Einbindung aller BewohnerInnen/MigrantInnen in die lokalen (staatlichen) Sozialsysteme ohne Wartezeiten oder sonstige Restriktionen.

Einbindung aller BewohnerInnen/MigrantInnen in die lokalen (staatlichen) Entscheidungsprozesse (Wahlrecht) ohne Wartezeiten oder sonstige Restriktionen.

Maximal mögliche Basisdemokratie (echte Mitbestimmung)

Freiheit:

Freie Meinungsäußerung in Kunst, Literatur, Presse und Forschung.

Solidarität:

Arbeitsfreies Grundeinkommen.

Garantierte Basisversorgung.

Gerechte, progressive Besteuerung für ALLE Einkommen in Österreich (Erwerbstätigkeit, Stiftungen, Vermögen, Erbschaften, Gewinne).

Ökologie:

Keine Vermarktung und Weitergabe von Risikotechnologien.

Nachhaltige Wirtschaftskonzepte (Müllvermeidung)

Verwendung regenerativer Energieträger.

Geschlossene Prozesskreisläufe.

Wirtschaft:

Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe

Ziele aus tagespolitischen Werterahmen:

Die tagespolitischen Zielaussagen sind nicht durch das Programm bindend festgelegt – und somit nicht Bestandteil des Programm-Dokuments.

Es gibt jedoch Zielaussagen, die aus Wahlkampfaussagen stammen und von Kollegen als Kandidaten für permanente oder zumindest temporäre Ziele angemeldet wurden. Sie werden hier aufgelistet, um den Diskussionsprozess einzuleiten.

Die Ziele sind teilweise noch nicht ausformuliert und auch noch nicht in breiteren Gremien diskutiert.

Die aufgelisteten Zielaussagen haben bis auf Weiteres den Status von tagespolitischen Zielen:

- Vollbeschäftigung (Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich) statt gewolltem, unfairem Wettbewerb am Arbeitsmarkt der zu Lohndumping führt
- Keine weitere Privatisierung verstaatlichter Betriebe.
- Kein Einsatz österreichischer Soldaten in aktiven Konflikten (Neutralität)
- Energiesparen für alle, Verschwendung soll progressiv besteuert werden
- 100% Erbschaftssteuer.
- Mindeststeuersatz für Konzerne in Europa um Steuerdumping zu verhindern, stärkere Macht an UNO um Mindeststeuersatz auch weltweit einzuführen, Mindest-Welt-Steuersatz für Konzerne, Banken und Versicherungen.
- Progressive Besteuerung von Einkommen aus Spekulationen jeder Art (Aktien, Rohstoffe, Finanzen) kontrolliert durch UNO und NGOs.
- Öffentliche Investitionsprogramme für Wohnen, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Bildung und soziale Einrichtung, d.h. eine leistbare Grundversorgung
- Schulden der sogenannten Entwicklungsländer streichen
- Vorgehen gegen die Hetze gegen AsylwerberInnen und fordern ein Ende der Abschiebepolitik und ein Bleiberecht
- Familienrecht anpassen an juristische Personenrecht; Gleichstellung von homosexuellen Beziehungen mit heterosexuellen – z.B. in den Bereichen Adoption, Versicherung, Besuchsrecht etc.
- Ursprung und die Urheber von Abkommen müssen allen uneingeschränkt zugänglich sein

Status 2018:

Der Aufbau einer politisch wirksamen Linken gelang nicht.

Die linken Kräfte sind nach wie vor in historischen Konzepten gefangen.

Die Linke konnte ihren Nutzen für die Zielgruppen (Arbeiter, Arbeitslose, Ausgestoßene, Flüchtlinge usw.) nicht darstellen.

Dort wo Linke in politische Funktionen gewählt wurden, agieren sie tagespolitisch als Art Samariterbund – die politische Wirksamkeit fehlt.

Andere alternative Kräfte haben den gleichen Schiffbruch erlitten (etwa Piraten).

Eine außerparlamentarische Opposition ist nicht mehr möglich (die Massenbeeinflussung und der Staatsapparat ist bereits zu stark dafür).

Alternative und Linke, die versuchen im System mitzuarbeiten, werden durch die Herrschaftsregeln der Systemgestalter auf „Linie“ gezwungen (siehe auch Griechenland).

Gleichzeitig gelingt es, den konservativen Kräften, sich – trotz der katastrophalen Folgen für die Mehrheit der Menschen – sich als einzige Alternative darzustellen.

Der aktuelle Abbau von Demokratie und der Aufbau von Zensur und Belastung für die Massen, lassen erwarten, dass wir einen Rückschritt in ein Biedermeier erleben (Autoritäre Herrschaft, Zensur, Einschränkung der Freiheiten und Ausgrenzen der Hilfsbedürftigen).

Mögliche Strategie für die Zukunft

Folgende Annahmen liegen den Vorschlägen zugrunde:

- Das Parteiensystem mit seiner Art der Entscheidungsdelegation ist für die Demokratie ungeeignet (Bsp. Murkraftwerk; auch CETA).
- Die Parteien sich aber so absichern beginnen, dass über kurz oder Lang eine Diktatur reinem Fahrwassers entsteht (Verfassungsänderungen, EU).
- Das System beginnt bereits, die Möglichen Widerstandsräume einzuschränken (Internetzensur, Überwachung, Entzug von kostenlosen Versammlungsmöglichkeiten)
- Die bestehenden linken Gruppen können ihre Handlungsräume der Zeit nicht anpassen.
- Gleichzeitig wird aber vermehrt eine Bürgergesellschaft abseits von Ideologien und Parteizugehörigkeit sichtbar.

Diskussionsanregung für ein mögliches Vorgehens

- Die einzige Möglichkeit, einen Rückfall in feudal-ähnliche Strukturen zu verhindern, ist Massenaufklärung.
- Dies kann durch die Linke nur in möglichst vielen Protestkundgebungen auf der Straße erreicht werden (die Massenmedien sind in Systemhand, das Internet erreicht nur geschlossenen Gruppen).
- Alternativmedien (freies Radio, Internet, Organisationszeitungen) sollen aber verstärkt einbezogen werden (haben aber eine Reichweitenbeschränkung bezüglich Aufklärungspotential).
- Die institutionalisierte Linke schärft ihr historisches Profil und kampagnisiert dies:
 - KPÖ: Vergemeinschaftlichen von Großkapital und der Lebensgrundlagen (Wohnen, Brotpreis, Öffis)
 - SLP, Funke: Basisarbeit in den Betrieben; politische Aufklärung vor Ort, herstellen von Solidarität der Werktätigen.
 - SPÖ: Aufrechterhalten der institutionellen Struktur.
 - Institutionen der Bürgerbewegung (AMSEL, AAÖ, ATTAC, u.v.a.m): Ansprechen der ideologiefreien Aktivisten.
- Fördern jeglicher Initiative zur Bildung von Splittergruppen (Pluralismus).
- Vernetzen der jeweiligen Organisationszentralen und Informationsaustausch über die dezentralen, unabhängigen Aktionen.
- Unterstützen von Aktionen anderer Gruppen nach Kräften.